

Pressemitteilung

Initiative private Altersvorsorge fordert mehr Produkt-Transparenz

„Berlin macht Politik gegen die junge Generation“ / Deutschland-Rente als Option / Beitragsgarantie muss fallen / Andere Länder sind in der Altersvorsorge effektiver

Frankfurt am Main, 6. Juni 2018 – Die Intransparenz von Produkten und steuerlicher Förderung erschwert vielen Bundesbürgern den Zugang zur privaten Altersvorsorge. Übertriebene Regulierung, hohe Kosten und vor allem die Betragsgarantie für staatlich geförderte Produkte mache die aktuellen Instrumente größtenteils unattraktiv. Dabei stünden bessere Lösungen bereit. So das Ergebnis der ersten Konferenz „Initiative private Altersvorsorge“, die am Montag in Frankfurt am Main stattfand. Organisiert hatten die Konferenz die strategische Kommunikationsberatung MALEKI CORPORATE GROUP, Flossbach von Storch Research Institute und die CFA Society Germany.

Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir warb für das von der hessischen Landesregierung ausgearbeitete Konzept der Deutschland-Rente: „Wir brauchen ein einfaches und renditeorientiertes, staatlich organisiertes Standard-Produkt, um das Vertrauen in die private Altersvorsorge zu stärken, mehr Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen und das deutsche Rentensystem zukunftsfest zu machen. Wir haben für unseren Vorschlag sehr viel Zuspruch dafür erhalten und freuen uns, dass eine Debatte in Gang gekommen ist. Am Ende muss eine Lösung stehen, die für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist.“

„Beitragsgarantien sind teuer und können zu Renditekillern werden“

Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institute, verwies auf die bereits aktuell sehr umfangreiche steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge: „Schon heute kann jeder Bundesbürger jährlich weit über 30.000 Euro steuerfrei in seine Altersvorsorge investieren. Versteht man unter einer lebensstandardsichernden Altersversorgung ein Einkommen in Höhe von etwa 70 Prozent des beim Ausscheiden aus den Erwerbseinkommen wegfallenden Arbeitsentgelt, dann reicht dazu die gesetzliche Rente nicht aus – selbst wenn das Rentenniveau bei 48 Prozent festgeschrieben wird. Eine kapitalgedeckte Ergänzung ist daher unverzichtbar.“ Deshalb verlangte Rürup Verbesserungen gleichermaßen bei der privaten Vorsorge wie bei den Betriebsrenten.: „Die Produkte und die mit ihnen verbundenen Vorteile wie Nachteile müssen transparenter werden. Nicht zuletzt muss klar herausgestellt werden, dass Beitragsgarantien teuer sind und nicht selten zu Renditekillern werden können.“

Jürgen Lenders, Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag kritisierte, die Bundesregierung mache „eine Politik gegen die junge Generation: Die neuen Ausgaben in Zusammenhang mit der Rente ab 63 und der Mütterrente sowie der Eingriff in die Rentenformel werden den Rentenbeitragssatz in die Höhe treiben.“ Die aktuellen Initiativen in Berlin zeigten, dass die Regierung die überfällige Reform des Altersvorsorgewesens in die nächste Legislaturperiode verschieben wolle, warnte Lenders.

Im Anschluss an seine Rede diskutierte Lenders mit 30 Schülern der Wilhelm-Raabe-Schule aus Lüneburg über Chancen und Handlungsoptionen für junge Menschen in einer kontinuierlich älter werdenden Gesellschaft. Bei neun Schülern handelte es sich um die Gewinner des von der Flossbach von Storch Stiftung und dem Handelsblatt ausgeschriebenen Wettbewerbs „enono=me“. Ziel des Wettbewerbs ist es, Schüler zur Beschäftigung

mit Wirtschaft und Finanzen zu bewegen und originelle Medienbeiträge zu einem vorgegebenen Thema zu produzieren. 2017 ging es um „Sinn und Unsinn des Sparens“.

Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband, forderte die Entscheider in Berlin auf, den Weg für ein effizientes, kostengünstiges Altersvorsorge-Standardprodukt freizumachen, wozu die Deutschland-Rente bereits gute Ansatzpunkte liefert: „Ich werde mich in Berlin mit dafür einsetzen, dass wir bis Ostern 2019 einen zustimmungsfähigen Gesetzentwurf haben“, kündigte Müller an. Zugleich ging er mit den Produktanbietern hart ins Gericht: „Die private Altersvorsorge funktioniert für die allermeisten Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland nicht gut genug. Das hat weniger mit der Förderung, als mit fehlender Produktqualität und Problemen bei Beratung und Vermittlung zu tun. Es braucht dringend eine grundlegende Reform.“

Rogier Minderhout, Gründer und CEO von myPension, forderte energischere Schritte hin zur kapitalgedeckten Altersvorsorge und warb für den Einsatz von Aktien: „Wir Niederländer haben die Aktie erfunden – und sind damit immer gut gefahren, gerade wenn es um Investitionen für die Zukunft geht.“ myPension ist ein Fintech-Unternehmens aus Frankfurt, das eine ETF-basierte Altersvorsorge anbietet.

Schlechte Noten für deutsche Vorsorgemodelle im internationalen Vergleich

Marc Surminski, Chefredakteur der Zeitschrift für das Versicherungswesen, forderte, die Politik solle sich an dem in Schweden praktizierten Modell der privaten Altersvorsorge orientieren: „Opting Out ist das zentrale Element, das ein neuer Ansatz der privaten Altersvorsorge unbedingt beinhalten müsste. Zudem bietet Schweden seinen Bürgern ein simples, transparentes und kostengünstiges System an. Hier sollten gerade die Verfechter der Deutschland-Rente ganz genau hinsehen“, sagte Surminski.

Harald Edele, Direktor bei der CFA Society Germany und Leiter einer internationalen CFA-Studie zu Altersvorsorgekonzepten, betonte, dass das deutsche System im Vergleich zu anderen auf mehreren Gebieten einen erheblichen Verbesserungsbedarf aufweise: „Bei einigen Kriterien, die für die Anleger besonders wichtig sind, schneidet Deutschland vergleichsweise schlecht ab: bspw. bei der Wertentwicklung der Anlagen, der Transparenz, der Kosteneffizienz und bei der Übertragbarkeit erhalten die deutschen Vorsorgemodelle auffallend schlechte Noten. Hier könnte sich die Analyse erfolgreicher ausländischer Lösungen lohnen“, sagte Edele.

Peter Nies, Geschäftsführer der Investment-Beratung LPI Anlagewissen und Co-Autor der CFA-Studie, verwies wie Marc Surminski auf Schweden und stellte die dortige Gestaltung der betrieblichen Altersvorsorge in den Mittelpunkt. „Die zentrale, von den Tarifparteien getragene Einkaufs- und Auswahlplattform Collectum ermöglicht eine massive Kostensenkung und ein hohes Maß an Vereinfachung. Die Kosten betragen gerade einmal 0,4 Prozent vom Vermögensstock, davon können deutsche Riester-Sparer nur träumen“, sagte Nies. Als weiteres Positiv-Beispiel nannte Nies die steuerliche Förderung in Großbritannien: „Die Lifetime Allowance ist eine angemessene Antwort auf dynamische Erwerbsbiografien“, sagte er.

Betriebliche Altersvorsorge den aktuellen Erwerbsbiografien anpassen

Auch andere Referenten forderten eine Reform der betrieblichen Altersvorsorge: Es sei nicht länger akzeptabel, dass Menschen, die den Arbeitgeber wechselten, entweder ihre Pensionsansprüche aus der betrieblichen Rentenkasse ganz verlören oder erheblich schlechter gestellt seien, als würden sie beim Unternehmen bleiben. Angesichts der heutigen Arbeitsbiografien sei dies nicht mehr zeitgemäß.

Christina Wilke, Studienleiterin für Wirtschaftswissenschaften an FOM Hochschule Bre-

men, warnte davor, gute Ideen aus dem Ausland einfach kopieren zu wollen: „Das deutsche Rentensystem ist historisch gewachsen und stellt mit seinem Bismarck-Modell ganz andere Anforderungen an eine ergänzende private Altersvorsorge als dies in Ländern mit dem Beveridge-Modell wie den Niederlanden der Fall ist.“ Das „Bismarck-Modell“ sei auf Erhalt des Lebensstandards, das „Beveridge-Modell“ nur auf die Absicherung des Existenzminimums ausgestellt. Dennoch lohne sich der Blick ins Ausland. Ein interessanter Ansatz für Reformen in Deutschland sei der Opting-Out-Ansatz wie er in Großbritannien zu finden sei. „Das Betriebsrentenstärkungsgesetz geht hier in die richtige Richtung, ist aber noch nicht weitreichend genug. Es lässt viele kleine und mittelständische Unternehmen außen vor, die nicht tarifvertraglich organisiert sind“, sagte Wilke.

Rund 100 Gäste aus Finanzwirtschaft, Politik, Wissenschaft, Unternehmerverbänden und Medien nahmen an der Konferenz teil. Am Ende zogen die drei Initiatoren ein positives Resümee:

„Das Ende unserer Konferenz ist nicht das Ende der Debatte. Dies ist erst der Anfang“, sagte Susan Spinner, CEO der CFA Society Germany. „Zukunftsorientierte Konzepte und Lösungen werden auch weiterhin ein wichtiges Anliegen der CFA Society Germany sein“, ergänzte Spinner.

„Die gesetzliche Rente kann nicht mehr den Lebensstandard absichern. Wer nicht privat oder über seinen Arbeitgeber vorsorgt, dem droht der wirtschaftliche Abstieg“, sagte Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute.

„Wir haben gehört, dass Finanzbildung die wichtigste Voraussetzung für die eigene Initiative zur Altersvorsorge ist. Daran müssen wir arbeiten“, sagte Verena von Hugo, Vorstand der Flossbach von Storch Stiftung.

„Die heutige Konferenz folgt unserer Strategie, aktuelle Themen fokussierter und kontroverser anzugehen“, sagte Dr. Nader Maleki, Gründer und CEO der MALEKI CORPORATE GROUP sowie Vorsitzender der Initiative Private Altersvorsorge und Präsident des International Bankers Forum (IBF) e.V. „Und unseren Kunden haben wir gezeigt: Wir können nahezu jeder relevanten Institution eine Plattform bauen, mit der sie ihre Botschaften transportieren kann. Das unterscheidet uns klar von den klassischen PR-Firmen.“

Die Konferenz fand mit freundlicher Unterstützung des International Bankers Forum e.V., der CFA Society Germany, des Flossbach von Storch Research Institut, der FOM Hochschule sowie LPI Anlagewissen und myPension statt.

Mehr Informationen finden Sie unter: www.maleki.de

Ansprechpartner für die Medien:

Matthias Dezes
Mitglied der Geschäftsleitung
Member of the Executive Committee
MALEKI CORPORATE GROUP GmbH
Fon: + (0) 69 79 53482-308
Mobile: +49(0) 171 1450897
m.dezes@maleki.de